

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Wolfgang Kleindienst; stellvertr. Landesvorsitzender; 07381 Pößneck; Hohe Straße 13;
Tel. 03647 423223 - Fax 03647 442046; Funk 0179 4992924; E-Mail: BA-Kontakt@Buergerallianz.de

Pößneck, den 21. 03. 2004

Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Zur Protest-Demo am 01. April 2004 um 17:00 Uhr vor dem Thüringer Landtag, unter dem Motto „Für soziale Gerechtigkeit, auch bei Kommunalabgaben“, sagen täglich immer mehr Menschen und Organisationen ihre Teilnahme zu, die mit der Politik von Rot/ Grün in Berlin und der CDU in Thüringen nicht einverstanden sind. Neben Bodo Ramelow (PDS), Kathrin Hoyer (B90/ Die Grünen), Ralf-Uwe Beck (Bündnis "Mehr Demokratie in Thüringen") und Joachim Bleeck (Haus und Grund Thüringen) haben nun auch Uwe Höhn (SPD) und ein Redner der „Initiative braucht Gerechtigkeit“ (IZBG) zugesagt. Die IZBG wird auch die *Bürgerallianz Thüringen* zum Wohle der Bürger des Freistaates Thüringen unterstützen.

Das bekannte Strohfeuer der Landesregierung vor anstehenden Wahlen wird die *Bürgerallianz* nicht davon abhalten, die Bürgerinnen und Bürger Thüringens aufzufordern, die CDU in Thüringen zu den Landtags- und Kommunalwahlen im Juni abzuwählen. Die angekündigten Zinshilfen für Herstellungsbeiträge bei Wasser-Abwasser erinnern an entsprechende Maßnahmen vor den Landtagswahlen 1999. Zinshilfen machen nur Sinn, wenn Rechtsmittel gegen Bescheide aufrecht erhalten werden können.

Die Aufforderung von Innenminister (IM) Trautvetter an die Zweckverbände, Kalkulationen und Globalberechnungen zu veröffentlichen und die Spielräume des Thüringer Kommunalabgabengesetzes auszunutzen, entspricht unseren Forderungen und wird begrüßt. Jedoch kommt IM Trautvetter seiner eigenen Forderung nicht nach, die Ergebnisse der Tiefenprüfung zu veröffentlichen, was seine Glaubwürdigkeit in Frage stellt. Weiterhin fordern wir den Innenminister auf, sich endlich den Problemen der Bürger zu stellen.

Die *Bürgerallianz* stimmt dem Gemeinde- und Städtebund in dem Punkt zu, alles zu unternehmen, daß das Thema Wasser und Abwasser politisch nicht mißbraucht wird.

Unsere Forderung auf einen Verzicht der Herstellungsbeiträge und eine reine Gebührenfinanzierung bleibt aber weiterhin erhalten. Denn nicht die Gebührenfinanzierung, wie Herr Gnauck sagt, ist unsozial, sondern es sind die Herstellungsbeiträge, da sie die Existenz unserer Menschen, unserer Arbeitsplätze und unserer Wirtschaft gefährden.

Herr Gnauck ist selbst für diese Situation mit verantwortlich und somit für uns unglaubwürdig. Zwischen 1990 und 1993 war er zusammen mit der Mittelrheinischen Treuhand für die Zerschlagung der damaligen drei Wasser- und Abwasser GmbHs in Thüringen zuständig.

Die *Bürgerallianz* erklärt auch allen eine Absage, die einen Keil zwischen Mieter und Vermieter treiben wollen.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Kleindienst
stellvertretender Landesvorsitzender
<http://www.buergerallianz.de>